



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

Unsere Initiative zielt genau und ist im Herzen der Bewegung

Der 17. April ist der Internationale Kampftag der Bäuerinnen und Bauern. Dieser Gedenktag wurde von La Via Campesina 1996 ins Leben gerufen und erinnert an das Massaker, bei dem 20 landlose Bauern und Bäuerinnen von der Militärpolizei getötet wurden. Jedes Jahr wählt unsere internationale Bäuerinnen- und Bauernbewegung ein übergeordnetes Thema, das die nationalen Verbände in den jeweiligen Ländern auf ihre eigene Situation übertragen. Im Jahr 2015 stand der Kampf gegen Freihandelsabkommen, sowie gegen die Machtkonzentration der Grosskonzerne im Mittelpunkt.

Für Uniterre war das die Gelegenheit zu zeigen, dass die Initiative für Ernährungssouveränität, welche wir vor 6 Monaten lanciert haben, die nötigen und richtigen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen gibt. Uniterre hat am 17. April zahlreiche Aktionen vor den Grossverteilern organisiert um die skandalöse Dumping-Politik im Milchsektor (oft weniger als 50 Rp/ pro Liter) zu verurteilen. Dies zeigt wie notwendig es ist, die Gesetzgebung zu ändern, um mehr Transparenz, mehr Schutz und Fairness auf dem Markt zu erreichen. Unsere Initiative ist der Weg dorthin. Der Bundesrat will die Märkte weiter liberalisieren, auch mit Hilfe des Gegenanschlags zur Initiative des Bauernverbands. Damit wird der Industrie und den Grossverteilern ein immer grösserer Einfluss auf unsere Lebensmittel gegeben und wir verlieren die Kontrolle darüber, was auf unseren Tellern landet.

Der wachsende wirtschaftliche Druck auf die landwirtschaftlichen Produkte ruiniert die bäuerliche Landwirtschaft und zwingt der Landwirtschaft agro-industrielle Produktionsmethoden auf. In Oetwil hat die Sektion Zürich/Winterthur mit einer eindrücklichen symbolischen Installation auf das Höfesterben aufmerksam gemacht. Die bäuerliche Landwirtschaft pflegt die direkten



Beziehungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen und schafft eine Verbindung zwischen dem nahrungsspendenden Boden und unserer Ernährung. Die Wahl zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft kühlt das Klima ab und ist Teil des Kampfes gegen den Klimawandel. Die Initiative für Ernährungssouveränität bietet eine echte Perspektive für die Zukunft: Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, die dem lokalen Markt den Vorrang gibt, die eine wirkliche Mengensteuerung einfordert und so faire Preise für die Bauern und Bäuerinnen erreicht.

Das Echo, das uns beim Unterschriftensammeln entgegen kommt, ist sehr positiv. Die Bevölkerung ist bereit unsere Anliegen zu unterstützen. Sätze wie, „Ja – von Grund auf unterstützen wir ein solches Projekt“, „das ist ein zentrales Thema“, „alles, was getan werden kann, um die Privatisierung von Saatgut und den Vormarsch von GVO zu stoppen, kann ich unterstützen“, „es ist das Mindeste, dass die Bauern ihren Preis für ihre Produkte bekommen“, „wir haben genug von diesem Freihandel, der uns nichts gebracht

hat, wir müssen unsere Kräfte vereinen“, bestätigen, dass die Bevölkerung mehr als bereit ist, unsere Vision für eine neue Agrar- und Ernährungspolitik mitzutragen.

Mehr als wir erwartet haben steht die Bevölkerung auf unserer Seite, wagen wir die Begegnungen und Diskussionen mit ihr, denn sie sind wichtig.

Der 17. April, der Schauplatz von mehr als 10 Veranstaltungen an 9 Orten in der Schweiz bot, war auch die Gelegenheit, um die Praktiken der Rohstoffmultis zu verurteilen. Multis, die ihren Sitz in der Schweiz haben, hier von Steuererleichterungen profitieren und dies, obwohl sie in empörender Weise für ein soziales und ökologisches Desaster in Ländern des Südens verantwortlich sind.

Unsere Initiative antwortet auf zahlreiche Forderungen von Uniterre. Sie führt zu einer Verbesserung der Situation der Bauern und Bäuerinnen und gibt allen eine Perspektive für die Zukunft, sie reagiert auf die Erwartungen der Bevölkerung und steht für unsere Solidarität mit unseren KollegInnen in anderen Regionen der Welt.



Gegenentwurf

Gefahr

Seite 2



Bauernkampftag

Aktionen in der Schweiz

Seite 3



Expo Milano

Falscher Weg

Seite 4

AGRARPOLITIK

Ein gefährlicher Gegenentwurf

Der neue Artikel 102a des Bundesrats soll eindeutig Freihandelsabkommen in der Bundesverfassung verankern, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Nun, Uniterre ist sich bewusst, dass die Schweiz nicht autonom ist und Lebensmittelimporte daher weiterhin notwendig sind – aber erstens müssen diese unbedingt subsidiär zu einer gestärkten einheimischen Produktion gelten und zweitens dürfen sie nicht unter dem Regime von Freihandelsabkommen stattfinden.



Der internationale Austausch sollte auf den Regeln des fairen Handels basieren, und Letztere sollten mittelfristig zur Norm werden. Die Freihandelsabkommen, welche die Grundlage für den beinhaltenen Wettbewerb zwischen unvergleichbaren Landwirtschaftssystemen bilden, gehören nicht zu einer solchen Vision. Die Schweiz importiert bereits 45 % ihrer Lebensmittel, auch ohne dass ein Verfassungsartikel den Import besonders fördert. Wir sehen deshalb nicht ein, weshalb die aktuelle Tendenz verstärkt werden müsste.

Anstatt sich auf Ernährungssicherheit zu beschränken, sollte sich der Bundesrat als politisches Organ mit der Ernährungssouveränität auseinandersetzen. Sie definiert die notwendigen, politischen Voraussetzungen für eine nachhaltige, einträgliche Agrarpolitik für Bäuerinnen und Bauern, für die Umwelt und die Tiere, sie berücksichtigt die Erwartungen der Bevölkerung und die Bedürfnisse anderer Völker.

Der erläuternde Bericht ist irreführend

Der erläuternde Bericht des Bundesrats zur Initiative für Ernährungssicherheit bedient sich schönen Sicherheitsparolen, um den Gegenentwurf schmackhaft zu machen: Der Zugang zu Lebensmitteln müsse gewährleistet werden, egal zu welchem Preis. Obwohl der Bericht erwähnt, dass man sich wünschte, die importierten Lebensmittel würden gemäss schweizerischen Normen produziert, so präzisiert er doch einige Seiten weiter, dass das Rechts- und Handelsinstrumentarium der internationalen Verträge (WTO, EU, EFTA und bald auch TTIP??) uns kaum Handlungsspielraum lässt. Da der Bundesrat keine Neigung zeigt, sich von

den unterzeichneten Handelsverträgen zu distanzieren – obwohl diese bei Bedarf neu ausgehandelt werden können – gehen wir davon aus, dass er künftig interpretieren wird, dass wir „keinen“ Handlungsspielraum haben.

Abgesehen davon zeichnet der Bericht ein positives Bild von den Massnahmen, die in den letzten Jahren getroffen wurden, wie z. B. dem System der Direktzahlungen, der Charta zur Qualitätsstrategie, der Herkunftsbezeichnung usw. Das Bild weist nur wenige dunkle Flecken auf, beispielsweise der Verlust von Kulturland. Die Bäuerinnen und Bauern werden nicht erwähnt, oder die Tatsache, dass ihre finanzielle Lage immer schlimmer wird. Sie kommen im Bericht einfach nicht vor. Seit der Abstimmung 1996, als Artikel 104 in die Bundesverfassung aufgenommen und die multifunktionelle Landwirtschaft verankert wurde, hat die Schweiz rund 24 000 Bauernhöfe (-30 %) und 60 000 Arbeitsstellen verloren (-27 %). Für die vielen Betriebe, die heute noch im „Überlebensmodus“ funktionieren, hat sich nichts verbessert. Ist das denn nicht Beweis genug, dass unsere Agrarpolitik ineffizient ist? Diese Fakten sollten unsere politischen Vertreter/innen eigentlich aufrütteln!

Der Bericht behandelt auch die internationale Dimension und er nennt einige Gründe für die steigende Preisvolatilität, aber die Autoren haben sich gehütet, die „Spekulation“ mit Lebensmitteln in ihren Erklärungen zu erwähnen. Eine reine Unterlassung? Das bezweifeln wir, angesichts der kürzlich erschienenen Stellungnahme des Bundesrates zur Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ (JUSO).

Beim Abschnitt über die Unterernährung erlauben wir uns, zu unterstreichen, dass nicht hauptsächlich die ärmeren Bevölkerungsschichten in den urbanen Zentren von Unterernährung betroffen sind, sondern, gemäss mehreren Berichten der FAO in Folge, zu 70 % die bäuerliche Bevölkerung. Das heisst, es sind diejenigen, die Lebensmittel produzieren, die zu wenig zu essen haben. Im Bericht müsste richtigerweise auch stehen, dass die Zahl unterernährter Menschen während der Lebensmittelkrise 2008-2009 auf über eine Milliarde gestiegen ist. Auch wenn die Zahl seither zurückgegangen ist, können wir nicht einfach behaupten, dass die Zahl unterernährter Menschen in den letzten 20 Jahren um rund 200 Millionen zurückgegangen ist – wie dies der Bundesrat tut.

Anderes Thema: Gemäss dem Bundesrat braucht es mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Qualität. Die Schweizer Bauern haben in der Vergangenheit mehr als bewiesen, dass sie bereit sind, die nötige Leistung zu erbringen – bislang ohne Ergebnis. Der Bundesrat spricht seit Jahren von der auf dem Markt erzielten Wertschöpfung, doch dann überlässt er deren Verteilung den Wirtschaftsakteuren. Im schweizerischen Duopol ist es illusorisch, anzunehmen, der geschaffene Mehrwert würde je dem untersten Glied in der Kette zukommen. Und wenn sich die Bauern organisieren, um wenigstens einen Teil dieser berühmterbüchtigten Wertschöpfung auf die Bauernhöfe oder doch wenigstens in die Regionen zu holen, bringen administrative Massnahmen oder als hygienische Vorschriften verkleidete Schikanen die Projekte zum Scheitern. So wächst der Unterschied zwischen Produzenten- und Konsumentenpreisen seit Jahren immer weiter, denn der Mehrwert wird von den Zwischenhändlern eingesackt. Die Bauernfamilien, ihre Angestellten und die Konsumenten/innen sind die Dummen. Nichts im bundesrätlichen Bericht lässt die Vermutung aufkommen, dass diese Sachlage irgendwann geändert werden soll. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit soll durch eine Kostensenkung oder eine Verringerung der administrativen Belastung erfolgen, wie bereits in den 20 letzten Jahren, was, wie wir gesehen haben, nichts gebracht hat.

Ausserdem verwahren wir uns gegen die Aussage, das hohe Niveau der Produzenten- und Konsumentenpreise in der Schweiz sei vor allem auf den Grenzschutz zurückzuführen – es sei den, im Bericht sei der Schutz des gesamten Schweizer Wirtschaft gemeint! Es sei daran erinnert, dass die Produzentenpreise in unserem Land hauptsächlich so teuer sind, weil die Produktionsnormen strenger, die geografischen Bedingungen schwieriger und die Lebenskosten höher als anderswo sind. Die Tierärztin, der Architekt, die Mechanikerin, die Krankenversicherungen, die Landpreise und Pachtzinsen, all diese Faktoren bilden das spezifische Umfeld der Schweiz und machen den Unterschied zu Griechenland oder Kenia ... da haben Grenzabgaben und Zollkontingente vergleichsweise nur wenig Einfluss.

Der Bericht präsentiert unseren Grenzschutz als etwas Schlechtes, obwohl er eine intelligente Regulierung der Warenflüsse darstellt und ermöglicht,

dass unsere politischen Entscheide in der Schweiz eingehalten werden. Ein wenig später instruiert der Bericht: „Während sich agrarpolitisch hoch gehaltene Produzentenpreise zwar kurzfristig angebotssteigernd auswirken, stellen sie in der längerfristigen Optik ein Risiko dar, da ein geringerer Anreiz besteht, sich auf die effektiven internationalen Marktentwicklungen auszurichten und die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit zu verbessern.“ Da können wir dem Bundesrat nur empfehlen, noch einmal einen Blick in den Weltagrarbericht der IAAST zu werfen (2008), den auch die Schweiz unterschrieben hat. Dort steht: „Weiter wie bisher ist keine Option, es braucht einen Paradigmenwechsel.“

Die Bauernfamilien in der Schweiz fordern nicht viel, sie wollen für ihre qualitativ hochstehenden Produkte einen Preis, der die Produktionskosten deckt, keinen Preis, der an die internationale Marktentwicklung abgestimmt ist (die 10 % Überschussproduktion, die auf dem Weltmarkt landen, können doch keine wissenschaftliche Referenz für die Preisbildung darstellen!).

Zusammengefasst ist der vom Bundesrat vorgeschlagene Artikel 102a rundum abzulehnen und wir erlauben uns, den erläuternden Bericht ebenso dezidiert zurückzuweisen. Es ist nicht annehmbar, dass ein Bericht so viele Ungenauigkeiten und Halbwahrheiten enthält.

Valentina Hemmeler Maïga

UNITERRE UNTERSTÜTZEN

In dieser Zeitungsausgabe befindet sich ein Einzahlungsschein. Zweimal pro Jahr erlauben wir uns Sie einzuladen und die Aktivitäten der Gewerkschaft über den Mitgliederbetrag hinaus zu unterstützen. Auch wenn die Situation weniger kritisch als letztes Jahr ist, erlauben uns unsere Liquiditäten im Moment noch nicht das Jahr abzuschliessen. Wir haben im Moment wichtige und grosse Projekte im Gange und brauchen auch in den nächsten Monaten eine schlagkräftige Gewerkschaft um uns den Herausforderungen zu stellen. Falls Sie uns mit einer Spende unterstützen können, wird ihre Gewerkschaft diese Mittel effizient einsetzen.

Vielen Dank

17. APRIL: INTERNATIONALER KAMPFTAG DER BÄUERINNEN UND BAUERN

Echos von den Aktionen in der Schweiz



Ankunft der Traktoren auf dem Plaine de Plainpalais in Genf.

Sowohl im Milch- wie im Getreidesektor liegen die Produzentenpreise um die 50Rp/kg. Diese tiefen Preise decken die Produktionskosten nicht und bedrohen unsere Landwirtschaft. Täglich verschwinden heute in der Schweiz 4 Bauernhöfe und 8 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Diese Entwicklung macht auch vor den lokalen Verarbeitungsstrukturen nicht Halt. So durchlaufen heute 80% Prozent unserer Lebensmittel industrielle Kanäle.

Unsere Gesellschaft trägt die Konsequenzen: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, steigende Gesundheitskosten auf Grund ungesunder Ernährung, Zerstörung bäuerlicher Landwirtschaft, Ressourcenverschleiss und Verlust der Biodiversität, Wasser- und Bodenverschmutzung, Industrialisierung der Tierhaltung und der Ernährungssysteme.

Wir haben nur einen Planeten und wollen diesen für kommende Generationen erhalten. Da wir im Respekt mit der Natur produzieren wollen und Ernährung ein Grundbedürfnis ist, sind wir alle betroffen,

Bäuerinnen, Bauern, Konsumentinnen und Konsumenten.

Das Prinzip der Ernährungssouveränität ist Ausdruck des Willens der Bürger und Bürgerinnen, Nahrung nicht nur als simple Ware zu betrachten, sondern als ein Kulturgut, mit welchem wir verbunden sind und welches wir verteidigen wollen. Die Demokratisierung der Nahrungsmittelproduktion spriess in den Dörfern, über die Regionen zu den Städten und Verwaltungen. Ernährungssouveränität baut sich auf lokaler Ebene auf, mittels Förderung der Kapazitäten der bäuerlichen Landwirtschaft und der kurzen Versorgungswege.

Wir fordern

- Verträge zwischen den Produzenten und den Käufern
- Das Recht der Produzenten keine Überschussmengen zu produzieren
- Die Beteiligung der Produzenten an der Mengensteuerung
- Faire Preise.



Die regionale Vertragslandwirtschaft ist gut vertreten in Genf.



Kleberaktion in einem Berner Grossverteiler.



Die künstlerische Freiluftinstallation von Köbi Alt in Oetwil an der Limmat macht auf das Verschwinden der Bauernhöfe aufmerksam. Die Heuheinzen symbolisieren die Bauernhöfe und Bauernfamilien, die durch die aktuelle Landwirtschaftspolitik bedroht sind.



Unterschriftensammlung auf dem Platz Palud in Lausanne.



Öffentliche Kritik am Hauptsitz des Bergbau-Multis «Vale» gemeinsam mit der Landlosenbewegung MST aus Brasilien.

INTERNATIONAL

Expo 2015: die Weltausstellung in Mailand

In der Schweiz kritisieren verschiedene Organisationen hauptsächlich das Sponsoring der Expo durch Nestle, Syngenta und andere Multis. Die Expo wird damit zu einem Show-Event der Grosskonzerne. Diese Kritik hat Ulrike Minkner, vize Präsidentin von Uniterre auch am Kongress «Agro statt Business» in Basel auf dem Podium eingebracht. Unsere Kolleginnen und Kollegen von La Via Campesina (AIAB) in Italien haben sich mit einem Positionspapier geäussert.



Die Expo 2015 zelebriert die Vermarktung von Menschenrechten, sprich, des Rechts auf Wasser und Nahrung. Diese Wahrheit wurde erst drei Monate vor Eröffnung der Expo bekannt. Nahrung ist keine Ware, sondern ein Grundrecht. In diesem Sinne beinhaltet Ernährungssouveränität, dass Bäuerinnen und Bauern, Bürgerinnen und Bürger auf der ganzen Welt ihre Grundrechte ausüben können.

Die Operation Expo 2015 negiert diese Grundrechte; Bäuerinnen und Bauern werden von ihrem eigenen Land vertrieben, in Anwendung der Handelsregeln der WTO oder Freihandelsverträgen wie dem TTIP. Diese Verträge erzwingen das Verschwinden der Bauern, damit landwirtschaftliche Rohstoffe weltweit gehandelt werden können. Sie fördern das agroindustrielle, kapitalintensive Modell, von dem nur eine Handvoll Personen profitiert. Und mit diesem Modell soll die ganze Welt ernährt werden – heute sind es immer noch weniger als 30 % der weltweiten Versorgung!

Die Realität sieht also noch anders aus und das internationale Jahr 2014 der bäuerlichen Familienbetriebe zeugt davon. Von den weltweit 570 Millionen Bauernbetrieben sind 500 Millionen Familienbetriebe, 470 Millionen sind klein oder sehr klein. Diese Bauernhöfe produzieren 70 % der Lebensmittel.

Unsere Bauern werden auch in Zukunft Lebensmittel liefern, doch sie helfen unseren Gesellschaften auch anderweitig. Kleine Bauernhöfe folgen einem Modell, das nicht der Erdöl-Abhängigkeit ausgeliefert ist. Sie schützen

die lokale Biodiversität, sie erhalten und verbessern das Saatgut vor dem tragischen Hintergrund der Klimaerwärmung. Die kleinen Bauernhöfe bilden die Grundlage einer Bewegung, welche das Recht auf Nahrung der gesamten Menschheit garantiert.

Expo 2015 wird ein Disneyland der Lebensmittel kreieren. Lebensmittel werden zu einer Ware, die nur noch für die Wohlhabenden erschwinglich ist. Und die gesamte Produktion soll von einer kleinen Elite kontrolliert werden.

Aus diesen Gründen nimmt LVC nicht an der Expo 2015 teil, im Gegenteil, sie wehrt sich dagegen und organisiert in Italien die „Sechs Wochen der Ernährungssouveränität“. Produzentinnen und Produzenten von heute und morgen können öffentlich Stellung nehmen, sich vorstellen oder unsere gemeinsamen Rechte verteidigen.

Zwei wichtige Treffpunkte sind Milano und Rom. In Milano wird der Pavillon für Ernährungssouveränität von La Stecca organisiert. In Rom wird die Città dell'Altra Economia (Stadt der anderen Wirtschaft) vom 1. Mai bis zum 30. Oktober zur Stadt der Ernährungssouveränität umfunktioniert.

Diese beiden symbolischen Orte gehören den Stadtgemeinden Rom und Milano, resp. lokalen Gemeinschaften. Hier müssen wir unsere Pläne und Diskussionen einbringen, um die Ernährungssouveränität zu sichern. Wir werden die Gründung eines Rates für Ernährung vorschlagen, um die Demokratisierung der Agrar- und Lebensmittelpolitik zu unterstützen.

Doch bis eine Änderung eintritt, werden die Ernährungspolitiken weiterhin den Handelsinteressen dienen, werden weiterhin Grundrechte negieren, damit wenige Leute trotz der Krise viel verdienen.

Die italienische Engstirnigkeit und der Provinzialismus Italiens sind wohl bekannt, aber die Idee, es handle sich dabei nur um eine Handelsoperation, um eine banale Immobilientransaktion zu rechtfertigen, erscheint doch etwas simpel. Wozu mussten Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt werden? Die Expo 2015 spielt eine entscheidende Rolle, sie gehört zu einer Strategie, welche die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger neu definieren soll, um den internationalen Handel ins Zentrum der Agrar- und Lebensmittelpolitik zu rücken. Dem zunehmend schlechten Ruf dieser Politiken (wer will den heute noch GVO?) soll gegengesteuert werden und der Reputationsverlust soll mit neuen Aufhängeschildern wettgemacht werden.

Expo 2015 soll Handelsregeln zelebrieren – aber wir zelebrieren und verteidigen unsere Rechte! Wir geben das Wort an Lebensmittelproduzenten, Bäuerinnen und Bauern, Fischer, an indigene Völker, an Hirten, Nomadinnen und an Landlose.

ECVC, European Coordination Via Campesina, Brüssel April 2015

AGENDA

1. Mai Demo und Fest in Basel

Demo: Besammlung ab 10.00 Uhr auf dem Messeplatz

Fest: von 11.00 bis 19.00 Uhr auf dem Marktplatz

Kontakt für SammlerInnen: Stand der Gewerkschaft IGA auf dem Marktplatz

1. Mai: Sammelaktion in St. Gallen

Treffpunkt 16 Uhr auf dem Bahnhofplatz

2. Mai: Bürinne und Buure Brunch

Kasernenareal, 10-12.00 Zurich

Für eine vielfältige, bäuerliche und gentechfreie Landwirtschaft:

7. Mai, 19.00, in AKuT, Seestrasse 20, Thun

21. Mai, 19.00, Neugarten, Bireggstrasse 36, Luzern

23. Mai: Marsch gegen Monsanto und Syngenta

Bern 13.00 (Bärengraben)
Basel 14.00 (Barfüsserplatz)

Damit die Saat für alle aufgeht-Vom Freihandel zur Saatgut-Souveränität:

3. Juni, 19.00: Kunstraum Hermann, Lavendelweg 8, Hochdorf (LU)

4. Juni, 19.30: Kirchgemeindehaus Paulus, Freiestrasse 20, Bern

5. Juni, 20.00: Biohof Fondli, Dietikon

10. Juni, 19.30: Haus am Lindentor, Hirschgraben 7, Zurich

AGENDA:

www.uniterre.ch

www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

50Rp/Liter Milch für die Bauern: **SKANDAL!**
WIR FORDERN:

1.-/Liter Milch

für die

Bauern



www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Fairer Handel

für die

Konsumenten

STOPPT DUMPINGPREISE!